

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mt., monatlich 1,10 Mt.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgepaunte Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benthj-Strasse 2.

Freitag, den 18. August 1899.

Expedition: SW. 19, Benthj-Strasse 3

Menchelmörder und Staatsstreicher.

Paris, 15. August.

Das Interesse der Gerichtsverhandlungen in Rennes tritt augen-
blicklich zurück hinter dem außergerichtlichen Mordmord an Labori,

Am Sonnabend hatte General Mercier eine vierstündige
„Zeugenaussage“ gemacht, die in Wirklichkeit eine ebenso gewissenlose
wie inhaltsleere Staatsanwaltsrede war.

Am Montag sollte die Abrechnung der Verteidiger des Drehfus
mit dem Justizmörder, Amtsfrevler und Meineidigen beginnen.

Es liegt ein tiefer Sinn, eine gewisse Harmonie des Ver-
brechens darin, daß Drehfus' Verteidiger hinterläßt getroffen

Wer und was auch der Mordmörder sein mag, — ob ein be-
zahlter Vandal aus den Reihen der antimilitarischen Söldlinge

Es ist der erste gelesene Mordverurtheil, aber keineswegs der
erste Mordverurtheil an einem Revisionskämpfer überhaupt.

So wird das verpeitete Milieu verständlich, welches den in der
Geschichte einzig dastehenden Mordmord an einem Verteidiger

Andererseits reißt sich der neueste Mordmord würdig den von
„unbekannter“ Hand angelegten oder verübten Mord in

Die Organe der Justizmörder, die mannsförlig ganz offen
die Niedermezelung der Revisionskämpfer predigten,

Wozu übrigens die logischen und psychologischen Schlussfolger-
ungen, da es feststeht, daß mehrere Offiziere in Rennes

Regierung gegen die Staatsstreicher entfaltete Energie scheint diese
Hoffnung zu berechtigen. Die Verhaftungen der letzten Tage

Zu fügen sind die Verhaftungen ein Teil der Liquidations-
masse, die vom verräterischen Kabinett Dupuy hinterlassen wurde.

Die erkappten Staatsstreicher zeltern über die „Wälfur“ und die
„jüdische Säureherrschaft“ des Kabinetts Galliffet bezw. des

Die Ablehnung der Kanalvorlage.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus wird uns geschrieben:
Vor einigen Tagen druckte die „Freisinnige Zeitung“ voll

Der gute Freisinn war so sicher, daß die Konservativen vor dem
unbegreiflichen Willen der Regierung zusammenklappen würden.

Der Kanal ist in zweiter Lesung abgelehnt. Selbst der Dortmund-
Rheinanal, die Zeilstraße, die, wie der Herr Minister Prefeld gestern

Der Liberalismus muß außer dem Schaden nun noch den Spott
auf sich nehmen. Wie sicher hatte er sich in der Hut des

Die Konservativen aber setzten sich, wie über die
Wünsche der Krone, so auch über die Anschauungen des hoch-
seligen Reichskanzlers mit Seelenruhe hinweg.

Er hat sie nicht überzeugt, was sehr aus dem Grunde, weil er sie
nicht überzeugen wollte. Und er hat sie auch nicht erschreckt, als

Er wollte sie auch wohl gar nicht erschrecken. Herr v. Biquart
sahle sehr deutlich, daß er nicht eingeschlagen habe. Nach der

Die zarte Rücksicht, die die Herren Konservativen dem Herrn
v. Miquel schuldeten, übten sie seinen Kollegen gegenüber. Bei der

Wie nun gar der Landwirtschafts-Minister anfang, da
gedachten sie der hübschen Gleichung „Hammerstein-O“ und be-

Als das erste Stimmengleich gelegt hatte, versuchte das Centrum, eine
Verzögerung der Abstimmung über die übrigen Paragraphen herbei-

Aber man fühlt sich nicht ungestraft als Regierungspartei. Besorgt
sahen die Herren zum Ministerialheraus. Sie fürchteten doch zu

Der Regierung ist durch die Hilfe ihres ergebenen Dieners, des
Freisinnigen, die peinliche Situation, energisch vorgehen zu müssen,

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. August.

Die innere Lage.

Nachdem die Kanalvorlage in zweiter Lesung mit er-
staunlicher Schwere gefallen, versucht der klammierte Frei-

Auch der Dortmund-Rhein-Kanal ist mit 212
gegen 209 Stimmen abgelehnt worden. Die
gestrigen Schätzungen einer Annahme fügten sich auf die

Weit größer war die Mehrheit gegen den Mittel-
landkanal. Derselbe wurde mit 228 gegen 126 Stimmen

zu Hilfe. Die Rationalisten und Freisinnigen verhalten der Centrumspartei bei der Annahme einiger an sich bedeutungslosen und ohne spätere Wiederherstellung des § 1 sinnlosen Paragrafen zu einer Mehrheit. Man wollte auf dieser Seite nicht die Verantwortung übernehmen für das vollständige Scheitern der Vorlage. Der Centrumspartei sollte die Gelegenheit geboten werden, in der dritten Beratung ihre Abstimmung zu forcieren.

Nach der Ankündigung des Präsidenten wird diese dritte Beratung schon an diesem Sonnabend stattfinden. Kein Wort des Widerspruches von Seiten der Centrumspartei wurde gegen diese Ankündigung laut. Man giebt es also auf, eine Hinausschiebung der dritten Beratung zu verlangen bis zur Sicherstellung des Gemeinde-Wahlgesetzes.

Aus unserem parlamentarischen Stimmungsbericht geht hervor, daß auch der Freisinn beigetragen hat, die dritte Lesung zu ermöglichen, also die jetzige, nicht unkluge Taktik Eugen Richters durchkreuzt hat, die Regierung sofort vor die Entscheidung zu stellen. Die Vorwürfe, die das Blatt dem Centrum macht, fallen auf die eigene Partei zurück, die mit dieser ihrer Rettungsneigung zu Gunsten einer verlorenen Sache ein Muster politischer Thorheit geliefert hat, wie sie mit ihrer Anknüpfung des politischen Willens ein trauriges Beispiel liberaler Würdelosigkeit bot.

Die Niederlage, die sich die verbündeten Regierungen im Reichstag bei der Zuchthausvorlage holten, hat die preussische Regierung in verschärfter Form im Abgeordnetenhaus erlitten. Dort von links, hier von rechts verlassen, steht die Regierung einsam — und dies, obwohl hinter der Regierung beidemale der in weithin hallenden Reden proklamierte Willen des Monarchen stand. Die beiden großen Aktionen der Regierung waren zerschmetternde Mißerfolge.

Was geschieht nun?

Wir denken, es wird fortgeworfen werden und die lächerliche Regierung wird sich mit der kleineren Ratenzahlung des Dortmund-Rhein-Kanals, die man ihr am Ende aus Mitleid oder aus Konflikt für sich spendieren wird, begnügen. Wenn nicht — denn nicht! —

Nach einer Zusammenstellung der „Freisinnigen Zeitung“ fehlten bei den namentlichen Abstimmungen über die Kanalvorlage der konservativen Landrat Vogt, der freisinnige Brömel, der nationalliberale Regierungsrat Daut, Centrums-Abgeordnete Heiß, die Konservativen v. Püttlamer-Plauth, Simon v. Jastrov, Prinz zu Solms und der Pole Jerszchewicz.

Von den Konservativen und Freikonservativen haben unter anderem für den Mittelkanal gestimmt: Landrat v. Willow-Bossee, Christophersen, vortragender Rat Conrad, Landrat Conrad, Landrat v. Dufurt, Graf Douglas, Landrat Dr. Hebe, vortragender Rat Koth, Landrat Dr. Wlasenap, Landrat v. d. Wörden, Landrat v. Heimburg, Graf Nolke, Landrat v. Regelein, Nehling, Weherbusch, Vorster v. Niedemann, Oberregierungsrat v. Zschoppe.

Wenn alles die Regierung verläßt, die Landräte bleiben ihr treu, wenigstens teilweise. —

Zur Geschichte der Zuchthausvorlage.

Die Unternehmer-Verbände, die jetzt in verästelten Teilen Deutschlands zu „Tagen“ zusammenkommen, entsenden einen heiligen Eifer für die Zuchthausvorlage und nehmen lange Resolutionen und Petitionen an den Reichstag an, um ihn zur Annahme der Vorlage zu bestimmen. Eine solche Petition hat auch der bayerische Handwerkertag in München beschloffen, die darum ein besonderes Interesse bietet, als sie einiges Licht über die Geschichte des Textes der Zuchthausvorlage verbreitet. Es heißt in der Petition:

Schon 1888 führte der Mißbrauch des Koalitionsrechts seitens der sozialdemokratischen Arbeiter, die Schlußlosigkeit der arbeitwilligen Arbeiter gegen den Terrorismus von Streikenden, den VI. allgemeinen deutschen und bayerischen Handwerkertag zu München zur Annahme einer Resolution, die dahin ging, an den Herrn Reichskanzler, sowie an hohen Reichstag eine Petition im Sinne folgender Anträge zu richten:

Zusatz zu § 153 der Reichsgewerbe-Ordnung:
Unter Anwendung körperlichen Zwanges, sowie von Drohungen, Ehrverletzungen oder Verurtheilungen ist u. a. zu verhindern:

1. Gewalt gegen Person oder Vermögen (öffentliche Bekanntmachungen irgend welcher Art, welche Namen von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern enthalten, sind, sobald sie zu Zwecken der Arbeitshetze oder dergleichen veröffentlicht werden, als Gewalt gegen Vermögen zu betrachten);
 2. Drohung oder Einschüchterung oder Aufstellung von Bedingungen seitens der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, welche einem Friedensbrüche gleichkommen oder in die Hausordnung des einen oder anderen hineinwirken;
 3. Belästigungen oder Störungen folgender Art: a) beständiges Verfolgen von Ort zu Ort, zum Zwecke des Arbeitsnachschlusses; b) Verleß von Werkzeugen oder Arbeitsstätten oder deren Fortnahme oder Hinderung an dem Gebrauche solcher; c) Ueberwachung oder Umstellung von Bahnhöfen, Schiffsländungsplätzen oder sonstigen öffentlichen Verkehrsanstalten, des Wohnhauses resp. des Arbeits- und Geschäftsortes oder der Zugänge zu solchen, oder Verfolgung eines einzelnen in ungebührlicher Art auf Straßen.
- Der VII. allgemeine deutsche Handwerkertag zu Hamburg 1889 erneuerte diese Beschlüsse nicht nur, sondern beauftragte weiters das Bureau, beim hohen Bundesrate und hohen Reichstage um den Erlass eines Gesetzes zu petitionieren, welches den Kontraktbruch unter Strafe stelle und zwar im Unvermögensfalle mit Haft. In dem Gesetzentwurfe, betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung vom Jahre 1890 wollten die verbündeten Regierungen obigen Wünschen wenigstens teilweise Rechnung tragen, fanden aber dabei zum tiefen Bedauern der Gewerbetreibenden und Handwerker nicht die Zustimmung der Majorität des hohen Reichstages.

Seit 1888 liegt diese Petition als „Material“ in den Aktenbüchern der Regierung und manches andere Material dieser Art dazu.

Der mit der Ausarbeitung der Zuchthausvorlage beauftragte Geheimrat öffnete seinen Aktenschrank und fand in Nr. 3 dieser Petition im Handumdrehen den § 4 der Zuchthausvorlage, den wir zur Vergleichung folgen lassen:

„Dem körperlichen Zwange im Sinne der §§ 1 bis 3 wird die Beschädigung oder Vorenthaltung von Arbeitsgerät, Arbeitsmaterial, Arbeitszeugnissen oder Arbeitsstätten gleichgesetzt.“

Der Drohung im Sinne der §§ 1 bis 3 wird die plannmäßige Ueberwachung von Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Arbeitsstätten, Wegen, Straßen, Plätzen, Bahnhöfen, Wasserströmen, Gasen oder sonstigen Verkehrsanlagen gleichgesetzt.“

In übrigen bietet die abgedruckte Petition einen neuen Beweis für die unstillbare Begehrlichkeit des Unternehmertums. —

Deutsches Reich.

Wie man liest!

Die Lügen über sozialdemokratischen Terrorismus, die mit ztemlicher Regelmäßigkeit in der katholischen „Märkischen Volkszeitung“ erscheinen, fanden, wie nicht anders zu erwarten war, in der Schar-

macherpresse lebhaften Anklang. Obwohl wir nun schon vor mehreren Tagen feststellten, daß die in der „Märkischen Volkszeitung“ lebhafte enthaltene Schilderung über einen angeblichen Terrorismus organisierter Zimmerer gegen ein Mitglied des katholischen Vereins „Arbeiterklub“ vollständig erfunden ist, daß von der behaupteten Plünderung des Namens weder den Arbeitern, noch dem Polier, noch dem Meister des Baues etwas bekannt ist, wird der Lügenbericht weiter verbreitet. Die „Post“ und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nehmen nicht den geringsten Anstoß, die vollständig erfundene Geschichte auch noch nach unserer Richtigstellung wiederholt abgedruckt und zu kommentieren. Jedes Mittel ist diesen Handlangern der Ausbeuterinteressen recht, wenn es gilt, die Arbeiterbewegung zu verleumden. Mit christlichen sanfteren Waffen können sie ihren Kampf nicht führen. Auch die sibirische Presse, die vor unserer Richtigstellung die unwahre Geschichte der „Märk. Volksztg.“ abdruckte, hat bisher von unserer Berichtigung keine Notiz genommen; auch die „Märkische Volkszeitung“ nicht, die doch so eifrig den „Vorwärts“ liebt.

Der Sinn für Anstand ist in der bürgerlichen Presse außerordentlich kümmerlich entwickelt, und von dem bishigen, was man noch besitzen mag, hütet man sich, im Interesse des heiligen Stempels wider den Umsturz Gebrauch zu machen.

So wird denn auch die neueste Kämpfergeschichte des Centrumsblattes die Ehre haben, in Denkschriften, Kreisblättern und Parlamentsreden zu ewigem Leben aufzuerstehen. —

Mittelbare Staatsbeamte und Socialdemokratie.

Man schreibt uns aus Weimar:

Ueber die Liberalität der Regierung des sächsischen Landes Sachsen-Weimar, das seit einigen Monaten den früheren erzgräflichen Landtags-Abgeordneten v. Wurmb als Staatsminister besetzt erhielt, werden jetzt in zahlreichen Blättern des engeren und weiteren Vaterlandes Betrachtungen angestellt. Die „Germania“ brachte nämlich vor kurzem die Notiz, daß die weimarsche Regierung „bezüglich der Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen mittelbare Staatsbeamte, die direkt oder indirekt die Socialdemokratie unterstützten, sich in Gegenjah zum Berliner Ober-Verwaltungsgericht gestellt habe, indem sie jedes Vorhaben ablehnte.“ Diese Nachricht ist von vernünftigen Politikern gewiß mit Genugthuung aufgenommen worden und man konnte dafür halten, daß die weimarsche Regierung nicht das Bedürfnis hatte, sich zu blamieren. Auch glaubte man darinnen einen Beweis zu erblicken, daß die vielgerühmte „liberale Tradition“ trotz des Ministerwechsels keine Veränderung erlitten habe.

Neuerdings sieht sich aber die „Germania“ in Folge des Empfangens eines Schreibens der weimarschen Regierung in die Notwendigkeit versetzt, ihre erste Notiz zu demontieren. Daß ein Disziplinarverfahren gegen einen „mittelbaren Staatsbeamten“ überhaupt eingeleitet ist, wird in dem Dementi, soweit ersichtlich, nicht in Abrede gestellt; man kann also nur annehmen, daß die Regierung in ihrem Verfahren wahrscheinlich zu einem anderen als dem angegebenen Resultat gelangen wird.

Man vermutet stark, daß der mittelbare Staatsbeamte, gegen den sich das Disziplinarverfahren richtet, der Vorsteher der Reichsigen Werkstätte, Professor Abbe ist. Derselbe ist bei Gelegenheit der letzten Reichstags-Sitzung, als der national-liberale Bismarck und der Socialdemokrat Leutert einander gegenüberstanden — Rechtsanwalt Dr. Harmsen (freisinnig) und Varrer Raumann (national-social) fielen bekanntlich in der Stichwahl durch — als Mitglied der freisinnigen Partei in Gemeinschaft mit dem freisinnigen Wahlkomitee in einem Wahlkampf mit seinem Namen für die socialdemokratische Kandidatur eingetretten. Damit ist das Dementi gegeben. Professor Abbe, der hochherzige Legator der bekannten Karl-Universität und Schöpfer der hiesigen Leseballe, erweist sich durch die praktische Bethätigung eines gesunden socialpolitischen Sinnes und seinen oft bewiesenen Freimuth überhaupt einer besonderen Aufmerksamkeit „von oben“ und man hätte ihm, wenn es möglich wäre, schon manchmal gern das Handwerk gelegt. Hoffentlich wird in der nächsten Zeit der Schleiter über dieses mysteriöse Dunkel ein wenig gelichtet. Die weimarsche Regierung könnte aber der heimlichen Socialdemokratie gewiß keinen größeren Dienst erwiesen, als wenn sie ihre Kraft an dem genannten Herrn erprobte. Die Wirkungen dieses Agitationsstoffs kann man schon jetzt voraussehen. —

Centrum und Zuchthausvorlage. In der „Märkischen Volkszeitung“, dem rheinischen Centrumsblatt, lesen wir:

Die „Zuchthausvorlage“ wird, anscheinend im Zusammenhang mit der Kanalvorlage, wieder in den Vordergrund geschoben. Eifrig beschäftigt man sich dabei mit der Frage, wie das Centrum sich dazu stellen werde. Man glaubt Grund zu der Annahme zu haben, daß es im nächsten Winter eine andere Haltung einnehmen werde, als bei der ersten Lesung. Welchen Anhaltspunkt hat man für diese Meinung? Das Centrum hat sich doch seit dem Schluß des Reichstags mit der Vorlage in keiner Weise mehr befaßt. Der Kaiser soll in Dortmund im Privatgespräch geäußert haben, im Herbst müsse das Centrum gegenüber der „Zuchthausvorlage“ erneut Farbe bekennen. Das ist ohne Zweifel richtig, aber die Farbe wird ganz gewiß nicht so ausfallen, wie die Scharfmacher wünschen.

Das ist sehr dürftig und verlegen. Das Kölnische Organ stellt sich zwar und weiß doch so gut wie wir, daß die „Germania“ sich indirekt und die „Rheinische Volksstimme“ direkt für die Zuchthausvorlage ausgesprochen, letztere sogar behauptet hat, ein Führer des Centrums trete für den Entwurf ein.

Es müßte auch nichts, wenn die „Märkische Volkszeitung“ tapfer schreibt:

Der Kaiser soll geäußert haben, in Bezug auf die Zuchthausvorlage müsse das Centrum im Herbst „erneut Farbe bekennen“. Diese Bemerkung, wenn sie gefallen sein sollte, würde ganz unverständlich sein, da bekanntlich in den Tagen vom 18. bis 22. Juni bei der ersten Beratung der Zuchthausvorlage im Reichstage das Centrum in einer Weise „Farbe bekennen“ hat, daß die Regierungsvertreter darüber höchst betrübt waren und das Gesändnis ablegen mußten, daß gerade wegen der Haltung des Centrums die Vorlage keine Aussicht auf Annahme habe. Inzwischen ist die „Farbe“ nur noch tiefer geworden, und sollte sie im Herbst nochmals in die Erscheinung treten müssen, so wird sie von der Zuchthausvorlage erst recht nichts mehr durchleuchten lassen.

Dieselbe „Märk. Volksztg.“ aber erfindet Fälle von nutzlosen socialdemokratischen Terrorismus — eine seltsame Viecherei, wenn man so standhaft gegen die Zuchthausvorlage zu bleiben behauptet. Kein Zweifel, im Centrum ringen auch in dieser Frage zwei Meinungen miteinander. —

Der richtige Raumann entpuppt sich in den Bemerkungen, die der Führer der National-Socialen zu der Aeußerung des „Vorwärts“ hinzufügt:

„Auch wir sind Freunde eines Kulturwerkes, wie es der Mittelkanal-Renal ist, aber wir wünschen nicht, daß ein persönlicher Wille, selbst wenn er unsere Meinungen fördert, in den politischen Angelegenheiten den Ausschlag giebt. Der Liberalismus hat wahrlich den letzten Rest konstitutionellen Gewissens verloren, wenn er die Person des Monarchen dergestalt für seine Interessen und wider seine Gegner verwendet.“

Raumann schreibt dazu in der „Lilse“:

Vom Kaiser hängt der Umschwung (in der Kanalvorlage) ab. Das gefällt natürlich den republikanischen Theoretikern nicht. . .

Was ist nun aber mit solcher Theoretikerei gewonnen? Der Kaiser hat die Gewalt, die ihn zum entscheidenden Wort in allen großen Vollsagen kommen läßt. Daß diese Gewalt unter Umständen der Freiheit und dem Fortschritt gefährlich werden kann, wissen wir auch und haben es seit Oetzbauern oft genug gesagt. Es liegt hauptsächlich eine Gefahr in der beinahe unbegrenzten politischen Macht des Oberhauptes. Aber neben der Gefahr liegt in dieser Macht die Möglichkeit, daß es überhaupt einen starken, festen, vorwärtsdrängenden Willen giebt und diese Möglichkeit kann für unser Volk am Wendepunkt der Jahrhunderte von ungeheurer Bedeutung werden. Wenn es dem Kaiser gelingt, unser Volk stark, groß, wohlhabend zu machen, dann ist es ganz gleich, wie es ihm gelang. Nur der künftige Erfolg kann über das Recht des neuen deutschen Imperialismus entscheiden. Kein Mensch, keine Partei kann jetzt den Imperialismus beseitigen. Es ist die naturgemäße Folge der deutschen Geschichte und der von Bismarck hergestellten Verfassung. Die Aufgabe der liberalen Parteien kann nur sein, mit der Thatsache der Kaisermacht zu rechnen, und es ihr zu ermöglichen, den Weg zur sozialen, freisinnigen Volksgestaltung zu geben. Gerade jetzt nach Dortmund beginnt die Probe, ob der deutsche Liberalismus im weitesten Umfange die Zeichen der Zeit versteht und sich eines veralteten, nutzlosen, unpolitischen Dogmatismus entschlägt. Es ist eine neue politische Situation gegeben. Wird der Liberalismus sie brauchen, wird er in ihr wachsen? Wird er den Kaiserschlach auf den konservativen Rücken benutzen? Wird er jetzt wieder etwas sein wollen in Deutschland?

Nach diesen toten Sätzen sollte Raumann aufhören, die Rolle eines Politikers zu beanspruchen, mit dem man sich zu beschäftigen hat. Abgesehen davon, daß er inzwischen befehlet sein wird, wie jämmerlich er sich in der politischen Lage geirrt hat, so sind diese Auslassungen von einer absehbaren Insulten und verblender realistischen Phantasie, wie man sie bei einem Parteiführer, wenn es auch nur ein Parteichef ist, nicht voraussetzen sollte.

Was in aller Welt hat unsere Bemerkung mit republikanischer Theorien zu thun. Es handelt sich doch lediglich um die Erhaltung des konstitutionellen Principes. Ist Herr Raumann bereits so weit vorgeschritten, daß er diese beiden Begriffe verwechselt? Wohl doch nicht. Er hat gemeint: konstitutionelle Theoretikerei, nämlich bekennt er sich ja in den folgenden Sätzen zum Absolutismus unauflöslicher Richtung.

Herr Raumann sollte sich vom Jaren oder irgend einem absoluten Häuptling in Afrika oder Asien anwerben lassen. —

Marinismus. Nach den „Verl. Pol. Nachrichten“ wird der ordentliche Marine-Gat im nächsten Jahr an einmaligen Ausgaben etwa 82 Millionen fordern. —

Mißglückte Scharfmacher. Am 1. August wurde in Augsburg aus Anlaß der Kravalle der Vorstand des Münchener Maurerverbandes, Genosse Bay, verhaftet und dies in der „Augsb. Abendzeitung“ durch folgende Notiz angekündigt:

„Heute wurde der Maurer Alois Bay aus München, Vorstand der dortigen Filiale des Allgemeinen deutschen Maurerverbandes und einer der Hauptarrangeure des hiesigen Maurerstreiks, als unmäßiger Missethäter bei den jüngsten Kravallen in der Vertach-Vorstadt ebenfalls verhaftet. Der Haftbefehl war, wie wir hören, vom Untersuchungsrichter erlassen worden und die Verhaftung erfolgte im Wittelsbacher Hofe durch den Kriminalwachmeister EA in dem Augenblicke, als Bay sich zur Rückreise nach München anschickte. Er war bei der Ankündigung seiner Festnahme im höchsten Grade betreten und ätzerte am ganzen Leibe. Bay war einer der leidenschaftlichsten Agitatoren.“

Genosse Bay war nach Augsburg geeilt, um die Beilegung des Streiks zu wirken. Die Darstellung des Augsburgers Blattes war, abgesehen von der Thatsache der Verhaftung, eine gemeine Lüge, wie von der „Münchener Post“ auch damals schon festgehalten wurde. Am Dienstag nun ist Bay aus der Haft entlassen und außer Verfolgung gesetzt worden. Es hat sich also bereits in der Voruntersuchung herausgestellt, daß Genosse Bay nicht das geringste begangen hat, was zu irgend einer Bestrafung eine Möglichkeit böte. Beide Thatsachen, so muß man nun aber fragen, boten Anlaß zu seiner Verhaftung und Festhaltung durch 14 Tage?

Der Dreifachgräf Wäcker gerüht sehr ungehalten darüber zu sein, daß seine Rede nicht konfisziert worden ist. Er erklärt in der „Staatsbürger-Zeitung“ eine offene Erklärung, in der es heißt:

„Ich habe in meiner letzten Rede gesagt: „Die einzigen und unumkehrbaren Herren im Lande sind gegenwärtig die Juden“. Nun, diese Konfiskation der Rede ist eine Befreiung meiner Worte. Juda regiert unumkehrbar, und das Volk gehört blindlings. Die Juden führen das große Wort und alle übrigen Leute müssen den Mund halten. Wacht auf, deutsche Männer und Frauen, wacht endlich auf! Eine solche unwürdige Behandlung dürfen wir uns nicht mehr länger gefallen lassen. Schmach der Nation, die fast nur noch Schwächlinge und Judenknechte erzieht, die ein freies Manneswort überhaupt nicht mehr vertragen!“

Wir brauchen wieder einige Männer mit etwas Mut und Maßgrat, die jetzt vor den Thyr treten, und welche mit Einschlag ihrer ganzen Person und ihrer ganzen sozialen Stellung den raschen Verfall der Nation noch einmal aufhalten.

Ich habe am 5. August in durchaus ruhiger und sachlicher Weise die Judenfrage behandelt; ich habe hingewiesen auf den furchtbaren Ernst unserer politischen und sozialen Lage; ich habe der Nation vor Augen geführt, daß wir uns mit dieser Schritt der Katastrophe nähern, wenn wir nicht endlich herauskommen aus dem Elend der Judenwirtschaft. Wie man eine solche Rede konfisizieren kann, ist mir vollständig unerklärlich. Der deutsche Michel läßt sich leider in seiner Gutmütigkeit alles gefallen. Das muß jetzt endlich aufhören, wir müssen den Kampf gegen Israel noch viel rücksichtsloser und energischer führen, wir müssen mit Keulenschlägen dazwischenhauen in unsere verkommenen und jammervollen sozialen Zustände.

Ich werde kämpfen und reden, so lange mir Gott die Kraft dazu giebt, weil ich das deutsche Volk lieb habe und nicht ruhig mit ansehen kann, wie die Nation rasch und unaufhaltsam einem furchtbaren und schmachvollen Schicksal entgegenweilt. Noch ist es möglich, das Vaterland zu retten; drum, deutsche Männer, seid wader, seid furchtlos und treu bis in den Tod! Es lebe der Kaiser, das Reich, doch fort mit der Judenwirtschaft, nieder mit Israel!“

Daß man den harmlosen Propheten aus Klein-Asienn an der Verbreitung seiner Geisteserzeugnisse gehindert hat, scheint uns eine Art Entweihung der edlen Einrichtung der Konfiskation. Den Profan sollte man reden lassen! Die „Staatsbürger-Zeitung“ aber könnte ein wenig vorsichtiger sein. Es ist nicht unmöglich, daß es Geisteskräfte giebt, die die Wilderbrüche des Grafen buchstäblich aufpassen, und wenn dann etwas nach Art des Labortats geschähe, kämen wir Socialdemokraten gar in die angenehme Lage, die Ahlwardten vor einem — Ausnahmegericht retten zu müssen. —

Ein umfürstlicher Magistrats. Man schreibt uns aus Halle:

Der Magistrat von Halle ist arg in die Klemme geraten. Während ihm sonst von der Scharfmacherpresse wegen seiner Verhinderung der Socialdemokratie stets vollste Anerkennung gezollt wurde, ist jetzt der Wind plötzlich umgeschlagen. Der Magistrat von Halle, der alljährlich unter dem Beifall aller „Staatsbehaltenden“ den Walzung der Socialdemokraten von vornherein verbietet, hat sich unterfangen, eine Aufseherung ersten Ranges, die von den Studenten nachts 11 Uhr am Marktplatz begangen werden sollte, nicht zu gestatten. Er verbietet den Herren eine Bismarckrede und

